

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.35 und 0.85 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 1000 Hannover 97 977.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 1000 Hannover 97 977.

Nr. 241.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 14. Oktober 1930.

12. Jahrgang.

Läß doch die Sonne der Ewigkeit
Strahlen über die Dinge der Zeit;
Ach, wie würden alsdann so geringe
Dir erscheinen die irdischen Dinge.

Die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit.

Johannes Lubahn, der verdienstvolle Leiter und Begründer des Heimstättenamts der Deutschen Beamtenenschaft und der Beamtenparkasse, veröffentlicht in der von ihm herausgegebenen Monatschrift „Die Heimstätte“, Organ des Heimstättenamts der Deutschen Beamtenenschaft, Nr. 8, vom August 1930 — Berlin NW 87, Lessingstraße 11 — unter dem Titel „Arbeitsbeschaffung — Unsere Forderung an den neuen Reichstag“ — einen Aufsatz, worin er einen Weg weist, der nach menschlicher Voraussicht unfehlbar zu dem seit langem gesuchten Ziele führt, die in Deutschland herrschende Arbeitslosigkeit zu überwinden:

Dieser Weg besteht darin, die für die Arbeitslosigkeit unproduktiv ausgegebenen Gelder so umzugestalten, daß sie die Eigenschaft von Arbeitslöhnen annehmen und so imstande sind, nützliche Werte zu schaffen. Es wird dadurch nicht nur tatsächliche Arbeit geleistet und der Erwerbslosigkeit erfolgreich entgegengetreten, sondern es werden dabei auch jene Gelder gespart, die andernfalls der Erwerbslosigkeit zufließen. Die geleistete Arbeit selbst tritt in der Weise hierbei in Erscheinung, daß Heimstätten, und zwar Wohnheimstätten im Sinne des Reichsheimstättengesetzes von 10. 5. 1920 — geschaffen werden, deren Bestimmung es ist, der noch immer unter der Wohnungsnot leidenden Bevölkerung leiblich und wirtschaftlich gesunde Wohnverhältnisse zu schaffen und damit gleichzeitig der Arbeitslosigkeit insofern entgegenzuwirken, daß die Heimstätten selbst und der damit verbundene Garten mit Kleinvieh zucht in ihrer Pflege Arbeitsleistungen beanspruchen, die andernfalls brach liegen und ungenutzt verlorengehen.

Es wird m. a. W. ein Weg gezeigt, der die entwürdigende und sittlich verderblich wirkende, dabei für ihren Zweck unzureichende Arbeitslosenunterstützung in Arbeitslohn verwandelt und in dieser Gestalt nutzbringende Arbeit, und zwar von höchstem Werte, leistet, wie sie eben in der Errichtung von Heimstätten klar vor Augen tritt. Diese aber wirken wiederum insofern produktiv, als sie den Familien, insonderheit den kinderreichen, gesunde Lebensbedingungen schaffen, den Frauen ein ihrer natürlichen Bestimmung entsprechendes Tätigkeitsfeld zuweisen, das sie abhält, ihren Verdienst außerhalb des Hauses zu suchen, dem Manne aber die Möglichkeit erschließen, seine Mußestunden in Nutzen schaffender Weise zu verbringen und dabei den so nötigen Ausgleich seiner körperlichen und seelischen Kräfte zu finden.

Lubahn erläutert das von ihm vorgeschlagene Verfahren an einem Beispiel dem ich folgendes entnehme: Die von der Beamtenenschaft durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. 7. 30 geforderte Reichshilfe soll den Betrag von 135 Millionen Reichsmark einbringen. Diese Summe fließt nach Lage der Dinge in den Fürsorgefonds und wird wie dieser als Unterstützung in Höhe von durchschnittlich RM 80,— monatlich oder RM 480,— halbjährlich in ertragreicher Weise, d. h. ohne jede Gegenleistung, an die einzelnen Arbeitslosen ausgegeben.

Würden stattdessen diese 135 Millionen Reichsmark als Lohnsumme angesehen und in Höhe von RM 1000,— halbjährlich oder RM 170,— monatlich als Lohn zur Auszahlung gebracht, so könnten mit dieser Summe 135 000 Arbeiter während einer Zeitdauer von 6 Monaten mit Arbeit versorgt werden, würden damit den Arbeitsmarkt entsprechend entlasten und gleichzeitig produktive Werte schaffen. Dazu würde die während dieser Zeit fällige und auszusahlende Erwerbslosenfürsorge in Höhe von 65 Millionen Reichsmark gespart und könnten zur Entlastung des Haushaltes oder zu anderweit nützlichen Arbeiten verwandt werden.

Die Arbeitsleistung selbst aber wirkt sich dahin aus, daß für die genannte Summe von 135 Millionen Reichsmark Heimstätten der gedachten Art errichtet würden. Veranschlagt man dabei die Kosten der einzelnen Stelle und zwar des Wohnhauses, ohne den zugehörigen Grund und Boden, zu etwa RM 14000 und sieht für jede einzelne derselben einen staatlichen Zuschuß in Form eines zinslosen Darlehens von RM 9000 vor, so beläuft sich die Zahl der zu errichtenden Heimstätten auf rund 15000.

Es würden also für die verfügbare Summe von 135 Millionen Reichsmark 15000 Familien und damit 60 bis 70 000 Menschen in gesunde Verhältnisse versetzt und gleichzeitig ihnen die Möglichkeit erschlossen werden, sich wieder zu wirtschaftlicher Selbstständigkeit und gesellschaftlichem Ansehen emporzuarbeiten. Wenn zudem der Heimstätte ein halber Morgen Land gegeben wird, wie dies bei den auf Grund des preussischen Rentengutgesetzes von 1890/91 errichteten Arbeiterrentengütern (preussischer Ministerialerlaß v. 8. 1. 07) der Fall ist, so bietet dieses Stück kulturfähigen Landes in Verbindung mit Kleinviehzucht dem Inhaber ein so reichhaltiges Maß nutzbringender Arbeit, daß er in Zeiten geschäftlichen Niederganges auch ohne staatliche Unterstützung in der Lage ist, sich vor äußerster Not zu schützen. Die Kostenberechnung der einzelnen Heimstätte würde sich dabei in folgender Weise gestalten:

Die Baukosten des Hauses, also ohne das dazu gehörige Gelände, betragen RM 14000, davon in Abzug zu bringen der staatliche Zuschuß von RM 9000, bleiben RM 5000 als die zu verzinsende Schuld. Der Zinsfuß, zu 8 Prozent gerechnet, gibt als jährliche Rente RM 400, dazu die Tilgung der Gesamtschuld von RM 14000 mit 1 Prozent gleich RM 140. Die jährliche Leistung würde somit betragen: 400 plus 140 gleich 540 RM oder monatlich RM 45. Sogar träte dann allerdings noch die Verzinsung der Grundstückskosten oder der Erbbauzinsen, falls der Grund und Boden, wie dies anzustreben wäre, in der Form des Erbbaurechts abgegeben wird. Aber diese Kosten lassen sich auf ein Mindestmaß zurückführen, wenn rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind — wie dies in dem Lubahnschen Bericht näher ausgeführt worden ist, — der künstlichen Wertsteigerung und Verwertung des Bodens durch Bodenspekulation einen Riegel vorzuschieben. Geschieht dies nicht, dann allerdings fällt der Heimstättenbau und mit ihm der ganze hier vorliegende Plan der Arbeitslosigkeits-Ueberwindung in sich zusammen. Entschließt man sich aber im Sinne dieses Vorschlages dazu, der Bodenspekulation kraftvoll entgegenzutreten, so bietet hierfür der „Entwurf zu einem Wohnheimstättengesetz“ und zwar im wesentlichen in dem Wortlaut, wie er von dem „Ständigen Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ beschlossen und unter dem 17. 10. 1928 veröffentlicht worden ist, die beste und sicherste Handhabe.

Dieser Gesetzentwurf, der durch Beschluß der Ratinalversammlung vom 10. Mai 1919 geschaffen und bereits zweimal vom Reichstage angefordert worden ist, schaltet die Bodenspekulation vollkommen aus, indem er die Gemeinden verpflichtet, den für Heimstätten benötigten Boden zu seinem natürlichen und regelmäßigen Werte zur Verfügung zu stellen und ihnen zu dem Zweck ein begrenztes, fest umschriebenes Borkaufs- und Enteignungsrecht an dem unbebauten Gelände des Gemeindebezirks einräumt, soweit es nicht anderweit erworben werden kann. Das Wohnheimstättengesetz ist der Schlüssel zu dem die Grundrechte des deutschen Volkes umschließenden Artikel 155 der Reichsverfassung und dem aus ihm hervorgegangenen „Reichsheimstättenrecht“.

Wer also die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit in Deutschland als ein dringendes Gebot der Stunde erkannt hat und den Lubahnschen Weg, der zu diesem Ziele führt, zu gehen entschlossen ist, muß auch den andern Weg gehen, der die Beseitigung der Bodenspekulation, als des schlimmsten Schadens am Körper des deutschen Volkes, fordert! Klarer noch und eindrucksvoller zeigt sich das ganze Bild, wenn von einer größeren Summe als der vorhin genannten ausgegangen wird:

Angenommen, es würde von einem Gesamteinkommen der steuerpflichtigen Personen Deutschlands für 1929, das auf 40 Milliarden Reichsmark geschätzt wird, ausgegangen und von dieser Summe eine Reichshilfe in Höhe von 2½ Prozent des Einkommens erhoben, so ergäbe dies den Betrag von 1000 Millionen Reichsmark. Wird diese Summe für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung gestellt, so wäre es möglich, unter den gleichen Voraussetzungen wie vorhin 1 Million Arbeitslose zu nützlicher Beschäftigung einzusetzen und zwar zu einem Monatslohn von RM 170, oder einem Halbjahreslohn von RM 1000. Gleichzeitig würden an Fürsorgegeldern gespart werden können 480 Millionen Reichsmark, und an Heimstätten würden errichtet werden können rd. 110 000 Heimstätten.

Eine ebenso große Zahl von Familien würde in gesundheitlich und wirtschaftlich einwandfreier Weise untergebracht und damit eine sehr wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes herbeigeführt worden sein.

Aber das nicht allein. Es tritt hinzu, daß die ausgebrachte Summe in Höhe von 1 Milliarde Reichsmark kei-

neswegs unter Verzicht auf Rückzahlung — gewissermaßen also geschenktweise — ausgegeben wäre; vielmehr fließt diese Summe durch Tilgung von 1 Prozent allmählich in die Staatskasse zurück, von wo sie in Form von Steuererleichterung oder von notwendigen Kulturarbeiten der Bevölkerung wieder zugewandt werden könnte. Auch ist zu berücksichtigen, daß die der Arbeit wieder zugeführten Personen dem Reiche wieder Steuern zahlen, Beiträge für Krankenkassen und für die sonstige soziale Fürsorge leisten und auch dadurch zur Entlastung des öffentlichen Haushaltes beitragen. Und endlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Kosten für die zu errichtenden Heimstätten aus staatlichen Zuschüssen der vorstehend erwähnten Reichshilfe gedeckt werden, mithin Mittel aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer, wie dies gegenwärtig bei dem staatlich unterstützten Wohnungsbau der Fall ist, nicht benötigt werden. Diese Gelder können also in um so beträchtlicherer Weise den zur endgültigen Bekämpfung der Wohnungsnot nötigen Baumitteln zugewendet werden.

Betrachtet man hiernach das vorliegende Bild in allen seinen Einzelheiten, so sieht man, daß von der aufgebracht Summe — 1000 Millionen Reichsmark — schlechterdings nichts verloren geht als lediglich die Zinsen dieser Summe, und auch diese nur für die Dauer ihrer Tilgung. Demgegenüber aber wird erreicht, nicht nur daß der Arbeitslosigkeit in überaus wirksamer Weise gesteuert worden ist, große Summen an Fürsorgegeldern, die nahezu die Hälfte des Einkommens, der ursprünglichen Summe, betragen, gespart, das Wirtschaftsleben von neuem in Gang gesetzt und der Wohnungsnot wirksam entgegen gearbeitet worden ist, sondern daß auch in den Heimstätten mit ihren kultivierten Gärten produktive Werte geschaffen worden sind, deren tatsächlicher und weeller Wert nach Lage der Verhältnisse gar nicht überschätzt werden kann.

Bisher sind an die Öffentlichkeit nur Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit herangebracht worden, die mehr oder weniger auf staatliche Unterstützung oder Subvention nach der einen oder anderen Richtung hinaus liefen. Das Uebel kann durch sie nicht an der Wurzel erfaßt werden; hierauf aber kommt es an, wenn der Krebschaden der Arbeitslosigkeit, der das Mark unseres Volkes verzehrt, wirklich beseitigt werden soll. Die weitesten Kreise in Deutschland sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es ausgeschlossen ist, die ungeheure und beständig wachsende Zahl der Arbeitslosen je wieder in Handel und Gewerbe oder in der Industrie unterzubringen. Auf der anderen Seite stehen in Deutschland, namentlich im Osten, weite Flächen mangelhaft und unvollkommen genutzten Bodens offen und bedürfen nur eines Aktes der Gesetzgebung, wie er seine Begründung im Artikel 155 der Reichsverfassung und im Reichsheimstättenrecht gefunden hat, um Tausenden von Familien Heimat, Unterkunft und produktive Arbeit zu bieten.

Der Lubahnsche Vorschlag, gestützt auf den „Entwurf zu einem Wohnheimstättengesetz“, wie er gegenwärtig der Reichsregierung vorliegt, bietet die Handhabe, nicht nur das Gespenst der Arbeitslosigkeit zu bannen, sondern mehr noch: der Nation ein an Körper und Geist mit dem mütterlichen Boden neu verbundenes und gesundes Menschengeschlecht zuzuführen.

Hannover, September 1930.

Oidekop, Vizeadmiral z. D.

Immer mehr Fabrikarbeit der Frauen?

In bedrohlicher Weise mehren sich die Nachrichten, daß die Industrie in immer stärkerem Umfang männliche Arbeiter durch Frauen und Mädchen ersetzt. Das geschieht — wie der Verband der Evangel. Arbeiterinnenvereine Deutschlands in einer Angabe an den Reichsarbeitsminister und den Reichstag ausführte — nicht nur da, wo die Arbeit durch Rationalisierung vereinfacht ist; vielmehr treten Frauen an Arbeitsplätze, an denen kurz vorher der Mann „wegen Arbeitsmangel“ entlassen wurde. Solche Nachrichten über Ersatz der Männerarbeit durch Frauenarbeit liegen z. B. vor aus einer Sprengstoff-Fabrik in Führt, einer Zellulosefabrik in Königsberg, einer Koffertfabrik in Bielefeld, aus Breslau, Wschaffenburg, Barmen. In einer Berliner Tischlerei wurden 90 Poliere entlassen und dafür bald nachher 80 Frauen und Mädchen eingestellt.

Ein Werkmeister schrieb dem Verbands der Evangelischen Arbeiterinnenvereine: „Ich habe die Schloßerei unter mir. Es schaffen dort 80 Arbeiter, darunter jetzt 17-18

Frauen. Bis zum vorigen Winter waren es nur 3. Sie machen genau dieselbe Arbeit, die bis dahin Männer machten, z. B. Bohren, an anderen Stellen auch Schweißen und Stanzen. Wie man die Männer los wird? Es wird eben vier Wochen verkürzt gearbeitet, dann erhält man die Einwilligung vom Gewerbeamt zur Entlassung. Danach stellt man eben nur Frauen ein. Die Lohnersparnis beträgt 25 Prozent. Es ist ganz allgemein in allen Betrieben so. Ähnlich schrieb eine Arbeiterin: „Ich arbeite in der Wagenpolsterabteilung, wo etwa 100 Arbeiter schafften, darunter jetzt 25 Arbeiterinnen. Vor einem Jahr waren wir 5. Wir machen alle genau die Arbeit wie Männer, z. B. auch die schweren Eisenrahmen heben usw. Wir bekommen etwa 2 Drittel vom Männerlohn. . . Unser Abteilungsleiter sagt: Bis zum Herbst habe ich sicher nur noch Frauen.“

Der Grund für die Einstellung weiblicher Arbeiter an Stelle der männlichen ist ohne Frage der Wunsch der Firmen, an den Arbeiterlöhnen zu sparen und so die Produktionskosten zu senken. Aber es muß gegen ein solches Vorgehen aus volkswirtschaftlichen Gründen wie vom Boden der Ethik aus scharfer Einspruch erhoben werden. Mag der einzelne Betrieb eine Ersparnis erzielen, so ist es doch volkswirtschaftlich ein Widerstand, wenn in einem höheren Maß die Männer arbeitslos werden und der Arbeitslosenunterstützung anheimfallen. Gleichzeitig werden, weil die Kräfte der Frauen durch die schwere Arbeit ungleich stärker zerstört werden, auch die Krankenkassen mit erhöhten Aufwendungen belastet. Vor allem aber: wenn der Mann und Vater die Arbeit verliert und dafür die Frau oder das Mädchen in die Fabrik geht, so wird immer mehr ein gesundes, frohes Familienleben unmöglich gemacht. Der Haushalt wird zerrüttet, wenn der Vater arbeitslos zu Hause sitzt, die Frau wird ihrem Dienst als Frau und Mutter entzogen; die Gesundheit der Mädchen wird schwer gefährdet; die Möglichkeit und die Willigkeit, eine Schar von Kindern aufzuwachsen zu lassen, wird aufs neue gewaltsam beschränkt. Es ist ein wirtschaftlicher Raubbau, der die Familie zerstört.

Die Not der wachsenden Arbeitslosigkeit, vor der jedermann so ratlos steht, hat eine ihrer Wurzeln in der Frauenarbeit. Im Heer der Werktätigen stehen Tausende und aber Tausende von Frauen an Plätzen, die einst den Männern gehörten. Muß man es dulden, daß die Wirtschaft immer mehr Frauen in ihren Maschinengang hineinsaugt, während eben dadurch immer mehr Männer zermürbender Arbeitslosigkeit anheimfallen? Oder ist es möglich, Sicherungen zu schaffen, daß nicht das wirtschaftliche Interesse der einzelnen Betriebe so grell das Gedeihen des Ganzen und das sittliche Wohl des Volkes verfehlt?

30 neue Gesetze.

In Nr. 238 berichteten wir, daß zur Durchführung des Regierungsprogrammes dreißig neue Gesetze erforderlich seien. Wir werden erstaunt gefragt, um was für Gesetze es sich denn nun eigentlich handelt. Hier sind sie:

1. Das Gesetz über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1931, das u. a. auch die Ermächtigung zur Aufnahme des Ueberbrückungskredites enthalten wird.
2. Das Schuldentilgungsgesetz (Zondsgezet) für eine dreijährige Laufzeit.
3. Ein Gesetz zur Kürzung der Gehaltsbezüge des Reichspräsidenten, Reichskanzlers, der Reichsminister, Reichsbeamten, Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger sowie der Reichstagsdiäten. Die Befoldungsordnungen für die Reichsbank- und Reichsbahnbeamten sowie die Tarifverträge für die Angestellten der Reichsbehörden werden dem Gehaltskürzungsgesetz entsprechend anzupassen sein.
4. Ein Befoldungsperrgesetz zur Sicherung der Einsparungen bei den Gehältern der Minister und Beamten in den Ländern und der Diäten sowie der Beamtengehälter in den Gemeinden. Preußen ist sich schuldig ge-

worden, über die Gehaltskürzung hinaus noch die Aufwandsentschädigungen herabzusetzen, die im allgemeinen allerdings seit vier Jahren erheblich höher gewesen sind, als die vergleichbaren im Reich. Es bleibt nur zu wünschen, daß auch die Gemeinden dem preussischen Beispiel folgen und insbesondere System in die Gewährung von Nebeneinnahmen für beamtete Personen bringen. Diesem Zweck soll auch eine Vereinbarung mit den Ländern zur Sicherung einheitlicher Spargrundsätze bei Reich, Ländern und Gemeinden dienen.

5. Ein Gesetz zur Anpassung der Haushaltsrechte der Länder und Gemeinden an die Grundsätze des Reiches. Dazu gehört auch die Schaffung einer unabhängigen Rechnungsprüfung bei den Gemeinden.

6. Eine Novelle zum Finanzausgleichsgesetz, in der die Kürzungen der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden geregelt werden.

7. Ein endgültiges Finanzausgleichsgesetz, das jedoch erst mit dem 1. April 1932 zu laufen beginnt, weil bis dahin mit der Verabschiedung des Steuervereinheitlichungsgesetzes gerechnet wird.

8. Gesetz über Ersparnismaßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege. In derselben Richtung bewegen sich die angekündigten Verwaltungsmaßnahmen zur Verminderung der lokalen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden.

9. Spargesetz zur Sicherung der Haushalte für Reich, Länder und Gemeinden (Plafondgesetz), durch das eine Erhöhung der Ausgaben für die Dauer dreier Jahre verhindert werden soll.

10. Gesetz zur Erhöhung der Tabaksteuer.

11. Gesetz zur Verlängerung der durch Notverordnung in Kraft gesetzten Ledigensteuer.

12. Gesetz zur Verlängerung des durch Notverordnung in Kraft gesetzten fünfprozentigen Zuschlages zur Einkommensteuer (für Einkommen über 8000 Mark).

13. Gesetz zur Vereinfachung des Steuersystems mit besonderen Gesetzen

14. über landwirtschaftliche Einheitssteuer, sowie

15. über gewerbliche Einheitssteuer.

16. Gesetz zur Änderung des Reichsbewertungsgesetzes.

17. Gesetz zur Änderung des Vermögenssteuergesetzes.

18. Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Gleichzeitig sind erforderlich:

19. ein Grundsteuerrahmengesetz,

20. ein Gewerbesteuerrahmengesetz und

21. ein Steueranpassungsgesetz.

Das Steuervereinheitlichungsgesetz hat bereits dem früheren Reichstage vorgelegen und soll jetzt verabschiedet werden.

22. Gesetz zur Senkung der Realsteuern.

23. Verordnung zur Senkung der Verkehrssteuern (Änderung der Gesellschaftsteuer, Grunderwerbssteuer, Wertzuwachssteuer und Wertpapiersteuer).

24. Gesetz über grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung.

Die sechste Novelle zum Reichsverforgungsgesetz und die fünfte Novelle zu den Verfahrensvorschriften in Versorgungssachen haben bereits dem früheren Reichstag vorgelegen und müssen ebenfalls parlamentarisch erledigt werden.

25. Gesetz zur Verbilligung des mit öffentlichen Mitteln geförderten Kleinwohnungsbaues.

26. Gesetz über die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmungen.

27. Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Der Pflege der Landwirtschaft dient:

28. das Standardisierungsgesetz, das bereits dem früheren Reichstag vorgelegen hat;

29. das Gesetz zur Schaffung von Ersatz des zollfreien Gefrierfleisches;

30. das Osthilfsgesetz, das bereits dem früheren Reichstage vorgelegen hat.

Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß diese außergewöhnlich hohe Zahl von Gesetzen in der kurzen Zeit von der grundlegenden Festsetzung des Finanz- und Wirtschaftsprogramms bis zum Zusammentritt des Reichstags ausgearbeitet und vom Kabinett verabschiedet werden.

Jedenfalls werden die Verwaltungsbeamten, die sich mit dieser neuen Hochflut von Gesetzen zu befassen haben, nicht zu beneiden sein.

Zusammentritt des Reichstags.

— Berlin, 13. Oktober.

In kritischer Stunde beginnt am heutigen Montag der neue Reichstag, der Zahl seiner Mitglieder nach der größte, der jemals gewählt worden ist, seine Arbeiten. Schwerwiegende Entscheidungen sind zu treffen und mit fester Hand zu verwirklichen! Auf Staat, Wirtschaft und Volk lastet der Druck der Kriegtribüne, Industrie und Landwirtschaft wehren sich verzweifelt gegen die Abzugsbedrohung, in den Wohnungen der Arbeitslosen geht die Sorge um, und in der Metallindustrie droht der Ausbruch von Lohnkämpfen.

Um die Befehlshaber zu senken, sind für die Berliner Metallindustrie durch Schiedsrichter Vorschläge in dem Ausmaß von 6—8 Prozent angeordnet worden. Jetzt haben Arbeitgeber und Arbeiter über die Annahme des Schiedsspruchs zu entscheiden. Werden die Belegschaften für den Spruch stimmen, oder werden sie — noch vor der Verbindlichkeitserklärung — in den Streik treten? Von allgemeiner Bedeutung ist die Entscheidung in Berlin dadurch, daß in nächster Zeit im Ruhrgebiet gleichfalls eine Neuordnung bevorsteht.

Verstärkt wird die Lage durch die vorhandenen politischen Gegensätze. Es wird daher großer Staatskunst und männlicher Entschiedenheit bedürfen, um das Reichsgebiet sicher durch die sturmgepeinigten Wogen zu führen. Ohne Härte wird es nicht abgehen, aber das wäre in Kauf zu nehmen, wenn nur gerecht und erfolgreich verfahren wird.

Die erste Arbeit des neuen Reichstags besteht in der Wahl des Präsidiums. Nach der Geschäftsordnung des Reichstags wird das Präsidium nach der Stärke der Fraktionen besetzt. Das würde bedeuten, daß der Reichstagspräsident von den Sozialdemokraten, der erste Vizepräsident von den Nationalsozialisten, der zweite von den Kommunisten und der dritte vom Zentrum gestellt werden wird. Verschiedentlich ist man in letzter Zeit in den deutschen Länderparlamenten aber von dieser Lösung abgesehen. Mit der Durchführung der Wahlen dürfte der Reichstag zwei Tage zu tun haben, — vorausgesetzt, daß er am ersten Tage überhaupt dazu gelangt!

In parlamentarischen Kreisen rechnet man nämlich mit der Möglichkeit, daß sich die politische Spannung gleich in der ersten Sitzung mit großem Kraft entladen wird. Auch sollen die Nationalsozialisten die Absicht haben, in der in Preußen verbotenen Uniform der S. A.-Leute, dem Braunhemd, im Reichstag zu erscheinen, und die kommunistischen Abgeordneten wollen in der gleichfalls verbotenen Uniform des Frontkämpferbundes erscheinen.

Nach der Konstituierung des Reichstags beginnen die politischen Erörterungen. Das Signal dazu wird Reichskanzler Dr. Brüning mit der Verlesung der Regierungserklärung geben. Wesentlich Neues erwartet man von dieser Programmklärung nicht. Ueber die Einzelheiten der zur Durchführung des bekannten Wirtschafts- und Finanzplans der Reichsregierung erforderlichen 30 Spezialgesetze wird auch Reichskanzler Dr. Brüning nicht viel sagen können, weil ja diese Gesetze noch nicht ausgearbeitet sind.

Im Vorbergrund der Reichstagsarbeit steht für die nächsten Tage schließlich überhaupt nicht das Regierungsprogramm, sondern zunächst geht es um die Ermächtigung der Reichsregierung zur Annahme des amerikanischen Ueberbrückungskredites, um die Behandlung der Mißtrauensanträge und um die nachträgliche Billi-

Zentralkonferenz des Mitteleuropäischen Sprengels der Bischöflichen Methodistenkirche.

Die höchste und gesetzgebende Behörde der Bischöflichen Methodistenkirche ist die Generalkonferenz, die alle vier Jahre in den Vereinigten Staaten von Nordamerika tagt. Da diese Körperschaft aber kaum mehr imstande ist, während ihrer vier Wochen dauernden Sitzung allen den verschiedenen Arbeitsgebieten der weltweiten Kirche die nötige Aufmerksamkeit zu schenken, und da auch die Entwicklung der Kirche in den verschiedenen Teilen der Welt eine selbständige Verwaltung dieser Gebiete, die außerhalb der Vereinigten Staaten liegen, wünschenswert erscheinen läßt, hat die Generalkonferenz den Zentralkonferenzen in den verschiedenen Sprengeln Vollmacht gegeben, ihr Angelegenheiten innerhalb des allgemeinen Rahmens der kirchlichen Ordnung selbständig zu ordnen und zu verwalten. Eine dieser Zentralkonferenzen umfaßt den mitteleuropäischen Sprengel, der die Konferenzen von Deutschland, Österreich, Ungarn und der Schweiz umschließt und unter der Oberaufsicht des bekannten Bischofs Dr. J. L. Ruelsen steht. Diese Sprengelkonferenz, bestehend aus 74 Vertretern, je zur Hälfte Prediger und Laien, tagte in der letzten Septemberwoche in der Methodistenkirche in Berlin-Schöneberg unter dem Vorsitz von Bischof Ruelsen. Bei dem Eröffnungsgottesdienst hielt Prediger Dr. R. E. Grob aus Zürich eine zielweisende Predigt über Matth. 20, 4, in welcher er das Wort Wesleys, des Gründers der Methodistenkirche, als Leitgedanken benutzte: „Alle an der Arbeit und immer an der Arbeit.“ Als Vorsitzender der Vereinigung evangelischer Freikirchen in Deutschland grüßte Dozent

Th. Mann, Frankfurt a. M., die Konferenz, und im Namen des Ev. Oberkirchenrats übermittelte Dr. Burkhardt Segenswünsche, indem er an das Wort erinnerte: „Gabe an die Gabe, die in dir ist.“ — Ein Begrüßungstelegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg fand freundliche Erwiderung. — Die bischöfliche Botschaft, die von Bischof Ruelsen verfaßt und als Eröffnungsrede verlesen wurde, gab ein klares Bild der kirchlichen Lage, sowie der Aufgaben innerhalb des Sprengels. Die Bearbeitung des vorliegenden Stoffes wurde an Ausschüsse verwiesen wie folgt: Kirchenordnung und Wahrung kirchlicher Belange, Bischofsfrage, Evangelisation und Gemeindeförderung, Soziale Fürsorge und Diakonie, Publikationswesen und Presse, Erziehungssache, Theologisches Seminar und Studienkurse, Mission, Enthaltsamkeit und Volkswohlfahrt, deren Vorschläge dann im Plenum der Konferenz beraten wurden. An Besuchern waren anwesend: Bischof Birney aus China, der die Grüße des gesamten Bischofskollegiums überbrachte, und Bischof Shepard, der die bischöfliche Aufsicht über den südeuropäischen Sprengel führt; ferner Dr. S. B. Workman, Direktor des Westminster Training College in London und Präsident der Wesleyanischen Kirche in England, Superintendent Th. Arvidson von Schweden, Superintendent Soete von Belgien, Dr. J. P. Bartak, Prag, von der südlichen Methodistenkirche, sowie Fräulein Amalie Achard, die Sekretärin des deutschen Zweiges der Frauenmission. Ein Moment von besonderer Bedeutung war es, als Ministerialrat Stahlmann im Namen des Ministeriums die Zentralkonferenz begrüßte und die Anerkennungsurkunde über die Verleihung der Körperschaftsrechte überreichte. Es war ein langer Weg, bis man endlich zu diesem Ziele kam. Dieses denkwürdige Ereignis fand mit dem Gesang des Lutherliedes einen erhebenden Abschluß. Von allgemeinem öffentlichen In-

teresse dürfte noch sein, daß bei dieser Zentralkonferenz die Bischöfliche Methodistenkirche in Deutschland auch eine eigene Missionsgesellschaft gegründet hat. Bisher flossen die Missionsgaben in die allgemeine Missionskasse der Mutterkirche in New York und wurden auf diesem Wege dem Missionswerke zugeführt. Nun kann der Methodismus in Deutschland über seine Missionsunternehmungen selbst entscheiden, und er hat bereits eine eigene Missionarin und eine Bibelfrau in Korea. Als Missionsinspektor wurde Superintendent S. Zellmann, ein ehemaliger Südpazifikmissionar, gewählt. Derselbe hat auch an einem Abend einen Vortrag über „Deutschlands verlorene Seeleperle und das Evangelium“. Ein weiterer Fortschritt ist auch darin zu erkennen, daß der theologische Kursus der Predigamtskandidaten im Predigerseminar nun auf 5 Jahre erweitert wurde. — In einer öffentlichen Kundgebung im Konzertsaal der staatlichen Hochschule für Musik wurde am einem Abend „Die Botschaft des Methodismus“ behandelt: „Ihr Wesen und ihre Kraft“ von Bischof Birney, „Ihr Sinn für unsere Zeit“ von Dr. Workman und „Ihre Bedeutung für das deutsche Volk“ von Dr. Melle. Daß bei einer solchen Gelegenheit, wo Amerikaner, Engländer und Deutsche auf dem Programm standen als Redner, auch die Frage der Völkerverständigung berührt wurde, war wohl selbstverständlich; was aber diesen Verständigungsreden eine besondere Note gab, war der Umstand, daß der deutsche Redner den Mut fand, auch davon zu sprechen, daß diese Bemühungen erst dann zu einer wahren Befriedung führen können, wenn einmal mit der Kriegsschuldfrage gründlich aufgeräumt worden ist. — Am Sonntagabend fand in demselben Saal der Schlusssitzung statt mit einer Predigt von Bischof Ruelsen über Matth. 8, 13 als Rufung für die Zukunft des Methodismus.

gung der
Notverordn
Kritik
bei den Ab
und komm
der Reichst
stens 288
heit von ei
Aus eigen
diese Zahl
gesamte M
von den D
sollten, wü
80 Stimm
hängt dami
bleiben des
sition.

Wenn
fraktionell
parlament
Sozialdemo
nationalist
die Ausfid
sichtlich de
Daß sich i
Aufhebung
wird, glau
Notverordn
kraft war
berordnung
möglich.

Jeden
Wochen sch
den Preuß
rathungen
sich den N
sollten gege
tag her die
lition un
wollen.

Saarl
Bei der A

Reichs
Rheinland
Eustirch
rohr bei
Städte ein
die Eifel
zurücklegte
ferung den
reiteten di
zurückgeleg
Reichspräsi

Den
Ankunft
Nagens w
Menschen
Stärken
dem vom
gekommen
die in Tr
ihrem Wil
Ausdruck
Uebri
wie man
schließen
so bemerk
der Schw
Die
präsident

entgegen.
Hindenburg
ren Zeit,
der Einzu
20 000 G
ihre Treu
geköst.
Ertrier noch
französisch
land von

„Gren
„grüßt heu
mark, die
verwinnen
Grenzen.“

wo ehe
gingen, W
Landes de

Ans
Land in
und Schw
uns find
Gott dem
teit die
zur Mut
den find.

und wer
daß auch
zum Vate

Nun
dem Reich
ältesten
Wunsch i
recht lan
Ehrenbü
Reichsprä

Mit

dann für
zuteil ge

In
Bevölleru
ausgeharr
durch Gen
betreten i
daß die
„Nun
dann for
Arbeit ist
Rhein un

erfolg des zollfreien
ts dem früheren
von fein, daß diese
hen in der kurzen
g des Finanz- und
sammentritt des
binett verabschiedet

beamteten, die sich
zu befaßen haben,

Reichstags.

, 13. Oktober.

ant am heutigen
seiner Mitglieder
worden ist, seine
ngen sind zu tref-
hen! Auf Staat,
der Kriegserfolge,
sich verweigert
nungen der Ver-
d in der Metall-
ohnkämpfen.

sind für die Ver-
hohn für zune-
geordnet worden.
er über die An-
iden. Werden die
nen, oder werden
serklärung — in
Bedeutung ist die
in nächster Zeit
gelung beabsichtigt.

die vorhandenen
er großer Staats-
bedürfen, um das
tätigen Wogen zu
abgehen, aber das
gerecht und erfolge.

Reichstags besteht in
ach der Geschäfts-
räsidentium nach der
würde bedeuten,
in Sozialdemokra-
tionalsozialisten,
der dritte vom
bedeutend ist man
änderparlamenten
Mit der Durch-
Reichstag zwei Tage
aß er am ersten

rechnet man näm-
e politische Span-
mit großem Kraft
onalsozialisten die
robenen Uniform
d, im Reichstag
gen Abgeordneten
Uniform des Rot-

Reichstags beginnen
Signal dazu wird
der Verlesung der
Weientlich Neues
merklärung nicht.
Schführung des he-
s der Reichsreale-
weise wird auch
iel sagen können,
gearbeitet sind.

gsarbeit steht für
pt nicht das Not-
die Ermächtigung
hme des amerika-
ie Behandlung der
achträgliche Will-

Zentralkonferenz
Deutschland auch eine
hat. Bis her fließen
Missionsschiffe der
a auf diesem Wege
ann der Methodist-
nsunternehmungen
eine eigene Missio-
Als Missionssin-
nen, ein ehemaliger
hat auch an einem
ds verlorene Süd-
weiterer Fortschritt
theologische Kursus
seminar nun auf
öffentlichen Rund-
Hochschule für Mu-

chast des Methodist-
Kraft" von Bischof
von Dr. Workman
he Volk" von Dr.
enheit, wo Ameri-
m Programm stan-
Böhlervorlesung
lich; was aber die
Note gab, war der
en Mut fand, auch
ngen erst dann zu
nen, wenn einmal
aufgeräumt worden
emselben Saal der
rediat von Bischof
g für die Zukunft
A. R.

gung der im Juli vom Reichspräsidenten erlassenen
Notverordnungen.

Kritisch ist die Lage für das Kabinett vor allem
bei den Abstimmungen über die nationalsozialistischen
und kommunistischen Mißtrauensanträge. Da
der Reichstag 575 Abgeordnete zählt, müssen minde-
stens 288 Abgeordnete — das wäre dann eine Mehr-
heit von einer Stimme — für die Regierung stimmen.
Aus eigener Kraft vermögen die Regierungsparteien
diese Zahl aber nicht aufzubringen, selbst wenn die
gesamte Mitte und alle bürgerlichen Gruppen links
von den Deutschnationalen für das Kabinett stimmen
sollten, würden dem Kabinett damit immer noch etwa
80 Stimmen fehlen. Das Schicksal der Regierung
hängt damit von der Opposition ab, d. h. das Ver-
bleiben des Kabinetts von der Uneinigkeit der Oppo-
sition.

Wenn auch das letzte Wort über die Taktik der
Fraktionen noch nicht gesprochen ist, so hält man es in
parlamentarischen Kreisen doch für sicher, daß die
Sozialdemokraten gegen die kommunistischen und na-
tionalsozialistischen Mißtrauensanträge stimmen werden.
Die Ausschüsse für die Reichsregierung sind damit hin-
sichtlich der Mißtrauensanträge nicht ganz ungünstig.
Daß sich im Reichstag eine Mehrheit für die völlige
Aufhebung der Juli-Notverordnungen finden
wird, glaubt man nicht, weil die Aufhebung dieser
Notverordnungen, nachdem sie mehrere Monate in
Kraft waren, schwierig ist. Änderungen der Not-
verordnungen durch den neuen Reichstag sind jedoch
möglich.

Jedenfalls wird es im Reichstag in den nächsten
Wochen sehr lebhaft hergehen, und das gleiche gilt für
den Preussischen Landtag, der am Dienstag seine Be-
ratungen wieder aufnimmt. Ein Zusammenhang zwi-
schen den Vorgängen im Reichstag und Landtag ist in-
sofern gegeben, als die Nationalsozialisten vom Reichs-
tag her die Auflösung der preussischen Ko-
alition und des Preussischen Landtags beschleunigen
wollen.

Saarland jubelt Hindenburg zu.

Bei der Anwesenheit in Trier. — Abschluß der zweiten
Rheinlandfahrt.

— Trier, 13. Oktober.

Reichspräsident von Hindenburg hat seine zweite
Rheinlandfahrt mit einem Besuch der Städte Düren,
Euskirchen, Trier, Berncastel und Wenge-
rohr beendet und sich in das Goldene Buch dieser
Städte eingetragen. Auf der Fahrt von Aachen durch
die Eifel nach Trier, die Hindenburg im Schnellzug
zurücklegte, verlangte auf allen Stationen die Be-
wölkung der Reichspräsidenten zu sehen. Erst recht be-
reiteten die an der von Hindenburg im Kraftwagen
zurückgelegten Wegstrecken gelegenen Ortschaften dem
Reichspräsidenten begeisterte Ovationen.

Der Höhepunkt des letzten Reisetags bildete die
Ankunft Hindenburgs in Trier. Trotz strömenden
Regens waren die Straßen der Stadt schwarz von
Menschen und die Häuser reich an Fahnenhymnen.
Stärksten Eindruck auf Hindenburg machten die aus
dem vom Reich abgetrennten Saargebiet nach Trier
gelommenen Abordnungen. Die Zahl der Saarländer,
die in Trier Hindenburg zum Abschied und dabei erneut
ihrem Willen nach Rückkehr in das deutsche Vaterland
Ausdruck gaben, wird auf 30 000 geschätzt.

Uebrigens hatte die Anwesenheit Hindenburgs,
wie man aus den Erkennungszeichen der Kraftwagen
schließen konnte, auch zahlreiche Ausländer angelockt,
so bemerkte man Wagen aus Frankreich, Belgien und
der Schweiz!

Die Kultigung der Stadt Trier nahm Reichs-
präsident von Hindenburg

im Stadion

Regierungspräsident Dr. Saaken, der
Hindenburg als erster begrüßte, gedachte kurz der schwe-
ren Zeit, da der abmarschierende unbeflegte Armee
der Einzug der fremden Truppen folgte. Mehr als
20 000 Einwohner der Stadt Trier hätten damals
ihre Treue mit der Vertreibung von Haus und Hof
geleistet. Mit Trauer und Verachtung aber gedachte
Trier noch heute des Jahres 1923, da unter dem Schutz
französischer Bajonette Landesverräter das Rhein-
land von Deutschland abzutrennen versucht hätten.

„Grenzlandvolk.“ So schloß Dr. Saaken seine Rede,
„grüßt heute den Vater des Vaterlandes. Volk und Grenz-
mark, die aus 1000 Wunden blutet und die Schäden nicht
verwinden kann, die das Friedensbillet ihm gebracht hat:
Grenzen, die Deutsche von Deutschen trennen.“

Grenzen durch deutsches Land,
wo ehedem Handel und Wandel ungehindert ihren Weg
gingen, wurden so tief, wie sie die Abtrennung deutschen
Landes dem deutschen Volkstörper schlugen mußte.

Aus enger Schicksalsverbundenheit grüßt das Trierer
Land in dieser feierlichen Stunde die deutschen Brüder
und Schwestern jenseits der Grenzen, die im Geiste bei
uns sind. Wenn wollen wir unsere Hände erheben zu
Gott dem Herrn, daß er in seiner Milde und Allgerechtig-
keit die Zeit der Prüfung abwende und heimkehren lasse
zur Mutter die Kinder, die ihr gewaltsam entrissen wor-
den sind. Hinüber klinge das Echo dieser Stunde zur Saar
und werde zum Ausdruck unseres sehnlichstigen Wunsches,
daß auch hier die Stunde der Befreiung und der Rückkehr
zum Vaterlande bald schlagen möge.

Nunmehr überreichte Oberbürgermeister Dr. Weiz-
dem Reichspräsidenten den Ehrenbürgerbrief der
ältesten Stadt Deutschlands, die heute nur einen
Wunsch und ein Gebet habe: „Gott erhalte uns noch
recht lange den Vater des Vaterlandes, den neuen
Ehrenbürger der Stadt Trier, unseren geliebten Herrn
Reichspräsidenten von Hindenburg.“

Mit kräftiger und fester Stimme dankte

Reichspräsident von Hindenburg

dann für die dem Reich bekundete Treue und die ihm
zuteil gewordenen Ehrungen.

In Jahren der Drangsal und der Sorge habe die
Bevölkerung an Rhein und Mosel in vorbildlicher Haltung
ausgehalten und in vaterländischem Pflichtgefühl sich weder
durch Gewalt noch durch Verlockungen in ihrem Deutschtum
beirren lassen. Es sei ein Trost, heute sagen zu dürfen,
daß die Opfer nicht umsonst gebracht worden sind.

„Nur durch diesen Opfermut.“ so fuhr Hindenburg
dann fort, „durch festen Zusammenhalt, und zielbewußte
Arbeit ist es uns, einem Volk ohne Waffen, gelungen, den
Rhein und die Mosel, das Erbe der Väter, beim Reich zu

erhalten. Uns allen aber im Reich möge aus dem Bei-
spiel und Vorbild, das Sie uns hier gaben, eine Stärkung
erwachen für die Erreichung des großen Zieles der Einig-
keit, die wir so notwendig zum Wiederaufleben unseres
Vaterlandes brauchen.“

Noch ist das Ziel der Befreiung Deutschlands nicht voll-
bracht. Noch harren die Saarländer, deren Abordnung
wir unter uns zu sehen heute die Freude haben, der Be-
freiung. Möge ihnen, die uns so oft Beweise ihrer un-
erschütterlichen Treue gegeben haben und deren wir heute
mit Sehnlichkeit gedenken, bald die Stunde der Wieder-
einigung mit dem Reich schlagen! Und möge für uns
alle bald der Tag nahestehen, wo wir ein freies, in seinen
Zielen einig, geeinigtes, starkes und gesundes Deutsch-
land feiern können, das nicht durch politische Gegensätze
und nicht durch wirtschaftliche Nöte geschwächt ist!“

Während der Ansprache des Reichspräsidenten
hatte die Festversammlung wiederholt durch Beifalls-
kundgebungen ihre Zustimmung zu den Ausführungen
Hindenburgs Ausdruck gegeben, insbesondere, als
Reichspräsident von Hindenburg seine Mahnung zur
Einigkeit und die Forderung nach Freigabe der Saar
mit einem Faustschlag auf den Tisch bekräftigte. Das
Mittagsmahl nahm der Reichspräsident im Konvents-
saal des Bürgerhospitals ein. Gleichzeitig wurde ihm
dort eine von Künstlerhand angefertigte Ehrengabe
der verschiedenen Vereine und Verbände überreicht.

Abschied vom Rheinland.

Der Reichspräsident nach Berlin zurückgekehrt.

Der Reichspräsident von Hindenburg ist Sonntag
früh um 8,21 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge
wieder in Berlin eingetroffen.

Von Trier aus war der Reichspräsident im Auto-
mobil durch das Moseltal nach Wengerohr gefahren.
Überall kündeten Böllerschüsse und Glöckengeläute das
Nahen des Reichspräsidenten an. Auf dem Gestade an
der Mosel wurde dem Reichspräsidenten vom Landrat
des Kreises Berncastel, Gerius, der Wingergruß des
Kreises überbracht und als Ehrentrunk ein 1917er

„Berncastler Doctor“

in dem historischen Botal der Stadt Berncastel fre-
denzt. Unter brauenden Hochrufen und dem Abfeuern
des Deutschland-Liedes erfolgte dann die Weiterfahrt
des Reichspräsidenten über Graach und Zeltingen, zu-
nächst längs der Mosel und dann landeinwärts nach
Wengerohr.

Hier bestieg der Reichspräsident den Salonwagen,
der dem fahrplanmäßigen Zuge nach Koblenz an-
gehängt wurde. Um 19,20 Uhr verließ der Zug den
Bahnhof, umbraut vom Deutschlandlied, das die be-
geisterte, vieltausendköpfige Menge anstimmte.

In Koblenz

wurde das Reichsoberhaupt vom Oberbürgermeister Dr.
Ruffel begrüßt. Ein Gesandten erbrachte den Reichs-
präsidenten auf dem Bahnsteig durch gefängliche Dar-
bietungen. Hindenburg blieb während des Aufenthal-
tes in seinem Salonwagen und unterhielt sich mit
Oberpräsident Dr. Fuchs, dem Oberbürgermeister und
einigen anderen städtischen Vertretern, die er bei sei-
nem letzten Besuche kennen gelernt hatte. Um 21,08
Uhr erfolgte die Weiterreise über Gießen nach Berlin.

Landbund-Aktionsprogramm.

Appell an Hindenburg und Reichsregierung. — Durch-
führung der Aktionsaktion durch Notverordnung angeregt.
— Berlin, 13. Oktober.

Das Präsidium des Reichslandbundes überreichte
der Reichsregierung ein landwirtschaftliches Aktions-
programm. In dem Begleit Schreiben unterbreitet das
Präsidium die Notwendigkeit eines Anschlusses für die
deutschen Reparationszahlungen; zu den vorgeschla-
genen agrarpolitischen Maßnahmen selbst wird gesagt,
ihre Durchführung müsse in kürzester Frist erfolgen,
wenn die Lage der Landwirtschaft sich nicht vollends
zu einer Katastrophe und damit zu einer Gefahr für
den Staat und die öffentliche Ordnung auswachsen
sollte. Im Falle parlamentarischer Schwierigkeiten
müsse die Agrarhilfe im Wege der Notverordnung er-
folgen.

Auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik wird
ein grundsätzlicher Wandel, in erster Linie Rollauto-
nomie und ausreichender Zollschutz für landwirtschaftliche
Erzeugnisse verlangt. Von anderen Einzelforderungen
sind die Forderungen auf sofortige Erhöhung der Weizen-
vermählungsquote auf 100 Prozent und Vermählung von
inländischem Weizen auf ausländischem Weizenmehl und von
Moggen- und Kartoffelmehl zu Weizenmehl erwähnt.

Unersichtlich sei weiter, daß die von der Getreide-Hand-
elsgesellschaft aufgetauften Mengen bis zum kommenden
Sommer vom Markte ferngehalten würden. Der Schutz
der heimischen Produktion erfordere u. a. die Einfüh-
rung eines Verwendungszwanges für inländische Getreide
und Malz, Hopfen, tierische Fette, Fleisch und Wolle.
Abfall für heimische Erzeugnisse könne auch dadurch
geschaffen werden, daß ein Teil der Arbeitslosen-Zu-
schüsse in Gutscheinen auf Roggenbrot, Kartoffeln, Milch,
Fett und Mehlereiprodukte gewährt würde.

Die Notlage der heimischen Kartoffelbauern be-
dinge neben unerlässlichen Zollmaßnahmen die Erschlie-
ßung weiterer Absatzmöglichkeiten für Kartoffeln.

Eine Entlastung der Ausgaben der Landwirtschaft
wird u. a. auf dem Gebiete der Längsmittelverbreitung, der
Frachten der gesamten Kredit- und Steuerpolitik in einer
Fülle von Einzelvorstellungen gefordert. Bei der Steuer-
politik werden alle Einkommensteuervermehrungen abgelehnt, da
für aber Einstellung aller Zwangsmaßnahmen und Befrei-
gung der Steuerbefreiungen, wie auch Entlastung bei lau-
fenden Steuern gefordert.

Zum Schluß sprach sich der Reichslandbund noch
für die Ersetzung des Mahlfestes durch be-
sere und weitergehende Maßnahmen aus.

„Am volle Handlungsfreiheit zu haben.“

Von der Pressestelle des Reichs-Landbundes wird
mitgeteilt:

Minister Schiele hat sein Amt als geschäftsfüh-
render Präsident des Reichs-Landbundes, das er seit
Übernahme des Reichsministeriums für Ernährung
und Landwirtschaft nur noch formell innehatte, nun-
mehr niedergelegt, um dem Reichs-Landbund für seinen
Kampf um das Lebensrecht des Landvolkes die völ-
lige Ungehindert und uneingeschränkte Handlungs-
freiheit zu sichern.

Minister Schiele hat dabei zum Ausdruck ge-
bracht, daß auch er den begeisterten Wunsch habe,
sich für die Durchführung der übernommenen Auf-
gaben erforderliche Freiheit der persönlichen Entschlie-
ßung zu wahren. Der Schritt ist in enger Fühlung
nahme mit den anderen Herren des Präsidiums er-
folgt.

Ein Aufruf der Demokraten.

Reichsfinanzminister Dietrich, der preussische Fi-
nanzminister Dr. Höppler-Mischow, der preussische Mi-
nister für Handel und Gewerbe Dr. Schreiber, der
Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen
Staatspartei, Dr. August Weber, und der Vorsitzende
der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Demo-
kratischen Partei, Falk, veröffentlichten einen Aufruf,
in dem es u. a. heißt: Jetzt kommt es für unsere
Freunde erst recht darauf an, ihre Kräfte im Dienste
dieser Bestrebungen zu einheitlichem Vorgehen zu
sammeln. Aus den Erfahrungen und Lehren, die wir
gewonnen haben, werden wir die Folgerungen ziehen,
die für unsere politische Arbeit und für den geplan-
ten größeren Zusammenschluß notwendig sind. Der
Reichsparteivorstand der Deutschen Demokratischen Par-
tei wird in aller Kürze einen außerordentlichen

Reichsparteitag

einberufen. Wir bitten alle unsere Freunde, sich mit
uns zu einer würdigen Vorbereitung dieses Reichs-
parteitages zu vereinigen und von Stund an mit aller
Entschiedenheit dafür zu sorgen, daß er der Sammlung
aller freiheitlichen und staatsbewußten Kräfte den Weg
erfolgreich bereiten kann.

Hilfe für Deutschland.

Der Ueberbrückungskredit.

In Basel, dem Sitz der Bank für Internatio-
nalen Zahlungsausgleich haben Zusammenkünfte zwi-
schen den Führern der hauptsächlichsten Notenbanken,
nämlich Reichsbankpräsidenten Dr. Luthner, dem Prä-
sidenten der Bank von Frankreich, Clement Moret,
und dem Gouverneur der Bank von England, Mon-
tague C. Norman, stattgefunden, die einer Vorgespre-
chung der Tagesordnung der heute vormittag begin-
nenden Verwaltungsratsitzung galt.

Im Verlaufe dieser Besprechungen wurde Kennt-
nis gegeben über den Stand der Verhandlungen in
Sachen des von Deutschland nachgekauften Ueber-
brückungskredits, der Deutschland aus der gegenwärtig
gen finanziellen Situation helfen soll. Dieser Kredit
soll nach Durchführung des neuen deutschen Finanz-
programms in Höhe von 125 Millionen Dollar von
einem Bankensortiment gewährt werden.

Eine offizielle Mitteilung über diese Unterredun-
gen ist nicht zu erwarten.

Schiedspruch für Lohnsenkung.

Der Lohnstreit der Berliner Metallindustrie.

In der Lohnstreitigkeit der Berliner Metallindu-
strie hat die Schlichterkammer unter Vorsitz des Vor-
tragenden Rats Dr. Böllers folgenden Schiedspruch
gefaßt:

1. Die bisherigen Tarifminderungen der Arbeiter
über 18 Jahre werden in allen Lohnklassen um 8 Pro-
zent, der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren und
der Arbeiterinnen um 6 Prozent gekürzt. Die Erford-
erungsgrundlagen ändern sich in gleichem Aus-
maße.

2. Diese Regelung tritt mit Wirkung vom 3. No-
vember 1930 in Kraft und läuft bis auf weiteres. Sie
ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluß
der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.

Den Parteien wird von der Schlichterkammer
empfohlen, zu prüfen, ob und in welchem Umfang
durch Kürzung der Arbeitszeit Wiedereinstellung von
Arbeitslosen bewirkt werden kann.

Soweit der bisherige Bestand an Arbeitskräften
nicht aufrechterhalten werden kann, wird den Arbeit-
gebern empfohlen, durch Arbeitsfreistellungen Entlassun-
gen größeren Ausmaßes zu vermeiden. Erst zur Er-
klärung über den Schiedspruch ist den Parteien bis
zum 18. Oktober 1930 gesetzt.

Bei der Verkündung des Schiedspruches führte
der Vorsitzende Vortragender Rat Dr. Böllers folgen-
des zur Begründung aus:

Die Schlichterkammer ist überzeugt, daß eine Lo-
senkung erforderlich ist, um die Beschäftigten der
Wirtschaft zu senken und damit der immer mehr um
sich greifenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Es ist sozial-
politisch richtig, die Löhne, die in Zeiten eines guten
Ganges der Wirtschaft festgesetzt sind, zu senken, als
durch Festhalten an dem bisherigen Lohnniveau die
Krise zu verschärfen und weitere Arbeitskräfte der Ar-
beitslosigkeit anheimfallen zu lassen.

Pensionstürzung verlagert.

Reichsrat wartet das Ergebnis einer neuen Fühlung-
nahme mit der Reichsregierung ab.

Der Reichsrat hielt unter dem Vorsitz des Staats-
sekretärs Dr. Zweigert eine neue Sitzung ab. Braun-
schweig hatte als neuen Bevollmächtigten den Staats-
minister Dr. Rüchtemeyer entsandt. Die auf der
Tagesordnung stehende Beratung des Pensionstür-
zungsgesetzes wurde abgesetzt, da der Reichsrat das
Ergebnis einer neuen Fühlungnahme mit der Reichs-
regierung über die Behandlung der Pensionstürzung
in der großen Finanzreform abwarten will.

Einstimmig genehmigt wurde die Änderung des
deutsch-sinnischen Handelsabkommens, die sich auf die
Butter- und Käsefälle bezieht. Ferner genehmigte der
Reichsrat u. a. den Handels- und Schiffsverkehr mit
Irland, die Vorlage über Erstattung der Kosten
im Anleihenabzugsverfahren sowie einen Geleht-
wurf, durch den die Revisionsbestimmungen des Auf-
sichtsamts für Privatversicherung mit Rücksicht auf
den bekannten Zusammenbruch der Frankfurter All-
gemeinen Versicherung und andere Vorgänge verschärft
werden.

V. D. Goltz an Groener.

Brichwechsel über den Offiziersprozess.

In Beantwortung des Schreibens des Reichswehrministers Groener richtete General von der Goltz einen Brief an den Minister, dem wir folgende Zeilen entnehmen.

„Daß das Reichswehrministerium korrekt und formaljuristisch richtig gehandelt hat, bezweifle ich nicht. Die andere Frage aber ist, ob sein Verfahren politisch zweckmäßig war. Die Verhaftung von Offizieren während einer dienstlichen Übung durch einen Zivil-Untersuchungsrichter haben nach dem Prozess-Bericht auch Reichswehroffiziere als Schmach empfunden. Natürlich weiß ich als alter Soldat, daß die Grundlage der Wehrmacht bedingungslos und vorbehaltlos der Gehorsam ist. Das habe ich u. a. bewiesen, als ich im November 1918 als deutscher General in Finnland telegraphierte, daß die von Ihnen angeforderte Einführung von Soldatenräten diese Grundlage untergrabe und daher unausführbar sei. Aber des Gehorsams eigene Grundlage ist der gleiche Geist zwischen Befehlenden und Gehorchenden, sonst ist es „Kadaver-Gehorsam“. Das einzige Mittel, neue Insubordinationsvergehen, die sehr bedauerlich wären, zu verhindern, scheint mir — neben einer System-Veränderung — darin zu liegen, daß wieder ein Geist Befehlende und Gehorchende beherrscht.“

Französischer Schritt in London?

Engelische Anfrage über Englands Haltung bei Aufstellung der Revisionsfrage.

— London, 13. Oktober.

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mitteilen will, will die französische Regierung sich demnächst mit einer vertraulichen Anfrage an die englische Regierung wenden, um sich über die Haltung Englands gegenüber gewissen „Frage- und Revisionsfällen“, die der Wählerfolg Hitlers mit sich bringen könnte und deren Auswirkungen auf die Außenpolitik Deutschlands zu informieren.

Die Anfragen Frankreichs sollen sich auf folgende drei Punkte beziehen: eine eventuelle Forderung Deutschlands auf Revision des Versailler Vertrages, insbesondere in bezug auf Danzig und den polnischen Korridor, ein eventuelles Geländegewinn Deutschland um ein volles oder teilweises Moratorium für den bedingten Teil der Reparationsverpflichtungen, die Stellungnahme Großbritanniens in der Frage der Abrüstung zu Lande, die auf der im nächsten Monat in Genf stattfindenden Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission zur Erörterung kommt, vor allem in bezug auf die Fragen der ausgebildeten Reserve-mannschaften und des Kriegsmaterials.

Herriot gegen Revisionen.

Nützung der Radikalfazialen in der Außenpolitik.

Die Radikalfazialen, das ist Frankreichs bürgerliche Linke, debattierten auf ihrem Parteitag in Grenoble über Außenpolitik. Im Verlauf der Auseinandersetzungen bezeichnete es Abg. Berger als töricht, sich verweigert an das morsche Gerippe längst überholter Verträge zu klammern. Der frühere Ministerpräsident Herriot lehnte dagegen eine Revision der Verträge mit der ersonnenen Begründung ab, „die Geschichte wimmelt von Beispielen davon, wie durch Vertragsänderungen neue Kriege entstanden seien.“

Wenn derartige Erklärungen schon von den Radikalfazialen abgegeben werden, zeigt das, wie sehr sich Frankreich in die Idee von der „notwendigen“ Aufrechterhaltung des Friedens veranlagt hat und wie wenig Deutschland von Paris für die Gesundung Europas zu erhoffen hat.

Deutscher Sieg in Memel.

Starke Wahlbeteiligung.

Wie vorauszusehen war, hat die Neuwahl des Memelländischen Landtages — es ist das dritte Mal, daß das von Deutschland losgerissene Memelland an die Litauer gerufen wurde — mit einem Sieg der deutschen Parteien geendet. Trotz aller Erschwerung der Wahl für die deutsche Bevölkerung und trotz Zuzugs aus Litauen bilden die Nationallitauer wiederum nur eine verschwindende Minderheit in dem Parlament dieses deutschen Landes. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich groß und betrug teilweise an 90 Prozent der Stimmberechtigten.

Skandal in Posen.

Deutschfeindliche Demonstrationen und Ausschreitungen.

Am Sonntag kam es in den Mittagsstunden in Posen zu Zusammenrottungen nationalistischer Elemente, die, geführt von Studenten der Posener Akademie, durch die Straßen der Stadt zogen und nacheinander die Zeitungstempel überfielen, um die dort liegenden deutschen Zeitungen fortzunehmen und zu zerreißen.

Die Demonstranten begaben sich dann zur Evangelischen Vereinsbuchhandlung, wo die Schaufenster-

scheiben eingeschlagen und Bücher und Zeitungen aus der Auslage auf die Straße geworfen wurden. Weiter wurden die Fenster des „Posener Tageblattes“ und die Schaufenster einer deutschen Automobilfirma zerstört.

Als die Demonstranten dann zum deutschen Konsulat vorzudringen wollten, griff die Polizei ein. Die Studenten formierten alsbald einen neuen Demonstrationzug, der unter taktmäßigen Rufen: „Fort mit den Deutschen!“ nochmals durch die Straßen marschierte.

Nach einem weiteren Eingreifen der Polizei wurde die Ruhe wiederhergestellt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 13. Oktober 1930.

— Reichspräsident und Reichskanzler sandten dem Staatssekretär a. D. Dr. Kraake Glückwunschkarten zum 85. Geburtstag.

— Bedenken der christlichen Gewerkschaften zum Regierungsprogramm. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat in einem Schreiben an den Reichskanzler Bedenken der christlichen Gewerkschaften zum Regierungsprogramm dargelegt. Die Bedenken richten sich vor allem gegen die Regelung der Arbeitslosenversicherung, der Wohnungswirtschaft und gegen die Begründung des Regierungsprogramms, soweit sie sich auf Löhne und Gehälter bezieht. Die Kürzung der Gehälter müsse zumindest sozial gestaffelt werden.

Zunahme der Wohlfahrtsdienstleistungen.

Die Folge: Erhöhung der Gemeindegeldern für die Wohlfahrtspflege.

Die Zahl der Wohlfahrtsdienstleistungen, also der Arbeitslosen, die infolge der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit aus der Versicherung ausgeschieden sind und von den Gemeindeverwaltungen unterstützt werden, hat in den letzten vier Wochen eine bedauerliche Zunahme erfahren. Nach der Erhebung des Deutschen Städtetages wurden in den Städten über 25 000 Einwohner mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen am 30. September 479 000 Wohlfahrtsdienstleistungen gezahlt. Von diesen werden 53 000 als Fürsorgearbeiter beschäftigt. Gegenüber dem Ergebnis des Vormonats (445 000) ist für die genannten Städte eine neue Belastung mit einer gemeindlichen Wohlfahrtspflege um weitere 7,6 v. H., gegenüber dem 31. Dezember 1929 aber eine Verdoppelung der zu betreuenden Erwerbslosen eingetreten. Außerdem erhielten in den Städten über 25 000 Einwohner am 30. September 52 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Arbeitsfürsorge laufende Zusatzunterstützungen.

Von den mittleren und kleineren Städten liegen Mitteilungen über die jetzige Zahl der Wohlfahrtsdienstleistungen zur Stunde noch nicht vor.

Rundschau im Auslande.

Wegen der Geschäftsführung der österreichischen Bundesbahn wurden gegen ehemalige leitende Beamte der Verwaltung zivilrechtliche Schadenersatzansprüche geltend gemacht.

Der finnländische Staatspräsident hat den Staatsminister a. D. Prof. J. A. Manner zum Erzbischof der lutherischen Landeskirche ernannt.

Der frühere amerikanische Staatssekretär für Auswärtiges, Kellogg, trifft Mitte der Woche im Haag ein, um sein neues Amt als Mitglied des internationalen Richterkollegiums anzutreten.

Allan Pinkerton, der amerikanische Sherlock Holmes und Chef der New Yorker Detektiv, ist im Alter von 84 Jahren an einer Lungenerkrankung, die er sich im Kriege bei einem Gasangriff zugezogen hatte, gestorben.

England verstärkt sein Vorgehen in Indien.

Der britische Vizekönig von Indien erteilt den Behörden in einer Verordnung Vollmacht zur Beschlagnahme der Grundstücke und des Vermögens von Mitgliedern verbotener Vereinigungen. In der Nähe von Bombay wurden im Zusammenhang mit dem schärferen Kurs in der Bekämpfung der indischen Bewegung 57 Anhänger Gandhis, darunter drei Frauen, verhaftet.

Rußland streicht die Arbeitslosengelder.

Die amtliche Nachrichtenagentur der russischen Sowjetunion teilt mit: „Starker Mangel an Arbeitskräften in einer Reihe von Zweigen der Volkswirtschaft veranlaßt das Arbeitskommissariat, die Versicherungskassen anzuweisen, allerorts die Auszahlung von Erwerbslosenunterstützungen einzustellen. Der Sozialversicherungsetat wird Unterstützungen von Erwerbslosen nicht mehr vorzusehen.“

— Auf dem Flugplatz Gabel in der Tschechoslowakei stürzte ein Militärflugzeug ab. Der Pilot wurde getötet; ein Soldat wurde durch Trümmerstücke schwer verletzt.

Nach deutsche Predigten

sollen in Prag verboten werden!

— Prag, 13. Oktober. Die Prager deutschfeindlichen Kundgebungen haben ihr Ziel erreicht. Es gibt in den Prager Kinos keine deutschen Sprechfilme mehr. Nun sucht man nach einem neuen Mittel, um den Deutschen wiederum die Macht spüren zu lassen. Der tschechische nationaldemokratische „Narod“ scheint dieses Mittel gefunden zu haben. In einigen Prager Kirchen werden Sonntags deutsche Predigten gehalten. Das empfindet der „Narod“ als Herausforderung und richtet deshalb an den Prager Erzbischof einen Aufruf, in dem er die Einstellung der deutschen Predigten fordert.

Sogar soweit geht man also in der Tschechoslowakei, daß man in Religion und Gotteshaus die nationale Hege und den Deutschenhass hineintragen will.

Lezte Meldungen.

Ungeklärte Lage in Brasilien.

— Neugork, 13. Oktober. Ueber die Lage in Brasilien laufen ständig Meldungen ein, die sich völlig widersprechen. Während die Regierung behauptet, die endgültige Niederwerfung der Aufständischen sei nur eine Frage von Tagen, wird vom Hauptquartier der Aufständischen gemeldet, daß die Aufständischen auf allen Fronten erfolgreich seien. Die Aufständischen verfügen angeblich über 10 Bombenflugzeuge.

Verschiedenes.

Auszahlung von Frankreichguthaben ehemaliger Kriegsgefangener.

Einer Mitteilung der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener zufolge werden auf Grund einer Entscheidung des Reichsfinanzministeriums die seit einigen Jahren in den Händen des Reichsfinanzministeriums befindlichen Guthaben ehemaliger Kriegsgefangener aus französischer Kriegsgefangenschaft nunmehr zur Auszahlung gelangen, insofern sie den Betrag von Mk. 10.— übersteigen. Eines besonderen Antrags zwecks Auszahlung bedarf es im Einzelfalle nicht. Die Auszahlung erfolgt vielmehr von Amts wegen ohne besonderen Antrag durch die Reichsverwaltung für Reichsaufgaben, in deren Händen sich die Listen der Anspruchsberechtigten befinden. Die Auszahlung wird erfahrungsgemäß eine Reihe von Monaten dauern. Eine Ueberschüttung der in Frage kommenden Dienststelle mit Einzelanträgen kann nur eine Verzögerung und Erschwerung der Auszahlung zur Folge haben. Um Zeitern vorzubeugen sei nochmals darauf hingewiesen, daß es sich nicht um militärischen Sold, sondern die meist geringfügigen Arbeitsguthabenbeträge handelt, die beim Abtransport aus Frankreich einbehalten und durch die Inflation des französischen Franken entwertet wurden.

Volal- und Provinzialnachrichten.

Ausflugsrückfahrkarten an Mittwochnachmittagen mit 33 1/2 v. H. Fahrpreisermäßigung.

Vom 6. Oktober d. Js. ab werden versuchsweise vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs an Mittwochnachmittagen von Bielefeld Hbf. nach nahegelegenen Erholungs-orten Ausflugsrückfahrkarten mit 33 1/2-prozentiger Fahrpreisermäßigung ausgegeben. Die Karten gelten für die Einfahrt von 12 Uhr ab; die Rückfahrt muß spätestens bis 24 Uhr angetreten sein. Fahrtunterbrechung ist auf der Hin- und Rückfahrt je einmal gestattet, nach 24 Uhr ist die Rückfahrt jedoch ohne Fahrtunterbrechung — bei Zugwechsel mit dem nächsten anschließenden Personenzug — zurückzulegen.

Die Karten werden in folgenden Verbindungen ausgegeben: Bad Salzhausen 12, Bad Deynhausen 30, Detmold über Derlinghausen 31, Halle (Westfalen) 18, Horn, Bad Meinberg über Derlinghausen 40, Derlinghausen 12 Kilometer und folgende Wanderkarten: Porta, zurück auch von Mölbergen 43 Kilometer, Schloß Holte, zurück auch von Derlinghausen 18 Kilometer.

Quittung.

Aus der Gemeinde Schwäbisch Hall erhielt ich durch Herrn Stadtpfarrer Geiger eine Weihnachtsgabe in Höhe von 100,— Mk., wofür im Namen unserer Pflegebefohlenen herzlich dankt Pastor F. v. Bodelschwingh.

Bethel.

— Am Mittwoch, den 15. Oktober, 1/4 Uhr Frauenhilfe im Altpapheim. V. v. Bodelschwingh.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. F. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Der Rundfunkhörer

Die kulturbetonte, reich illustrierte Rundfunkprogrammzeitschrift, der Vorkämpfer für Heimat, Seele, Volkstum im deutschen Rundfunk.

Ausführliche Programme aller Sender Orientierende u. unterhaltende Aufsätze Bastel- und Rätselhefte — Guter Roman

Reichsausgabe monatlich 90 Pfg. Ausgabe A (Noragsender) vierteljährlich 1,80 RM. Bestellungen bei jeder Post. — Zu haben in jeder Buchhandlung. Probeheft umsonst

Verlag: Hamburg I, Große Bäckerstr. 5—7

Fräulein

gebild., alleinst., evangel., christl. geistl. gefest. Alters, sucht Stellung in einem christl. Heim oder frauenl. Haushalt. Selbstig. ist umsichtig, sparsam und arbeitsfreudig. Angebote unter A 7138 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Paraguaytee

Südamerik. Mate

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd.

franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Sangerhausen, Hindenburgstraße

Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Karlshof, Berlin, Friedrichstr. 100 (Eingang von der Friedrichstr.)

Lehrer Obsts

Nerventee

Anerk. unübertroffen! In Apoth. erhältl. (2,20 Mk.) Druck. sämtl. Tees d.

Dr. Obst, Haus- u. Tee-Kuren, Krummhübel (Hsb.)

Vorzüglichen Erholungs- aufenthalt bietet das im Weser- bergland gelegene

Erholungsheim

im Solling bei Dassel.

Sehr schöne Höhenlage inmitten herrlicher Laub- u. Nadelwälder. Licht, Luft und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Mäßige Preise. Prospekte kostenlos. Anfragen an

Geleitete Friedrich Gram.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik

ERSTN DAVID

gegründet 1885

prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille

liefert als Spezialität die von den

Posaunen-Chören

bevorzugten Flögelhörner (System Kuhl) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhl in seinen „Posaunen-rufen“ — Seite 20—26

Katalog und Preisliste gratis.

Anzeigen aus Bethel.

— Troisches Anmachholz hat abzugeben Morija.